**Interpellation Roth-Amden (20 Mitunterzeichnende):
«Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe**

Der Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe ist im Promotions- und Übertrittsreglement geregelt, das der Erziehungsrat im Jahr 1997 erlassen hat. Laut Reglement entscheidet der Schulrat des Oberstufenträgers über die Zuweisung in die Sekundar- oder Realschule aufgrund der Empfehlung der Lehrkräfte der sechsten Primarklasse und aufgrund der Noten. Die Empfehlung der Lehrkräfte ergeht nach Gesprächen mit den Eltern und wird diesen vor der Verfügung schriftlich bekannt gegeben.

Das Erziehungsdepartement hat zwar ein Muster für einen Beurteilungsbogen und ein Informationsblatt für die Eltern herausgegeben (beides ist für jedermann im Internet abrufbar). Trotzdem sind die Schulräte bei der Auslegung der Bestimmungen weitgehend auf sich selbst gestellt. Das Erziehungsdepartement hat kürzlich im Fall von zwei Kindern im Oberstufen-Schulkreis Weesen-Amden eine Rechtsverweigerungsbeschwerde geschützt und den Zuweisungsentscheid des Schulrates aufgehoben. Die Primarlehrkräfte hatten die Zuweisung in die Realschule beantragt. Das Erziehungsdepartement hat das eingesetzte Beurteilungsverfahren und -instrumentarium als willkürlich bezeichnet, obwohl es sich massgebend auf das Informationsblatt und in der Struktur auf das Musterformular des Kantons stützt. Die beiden Kinder besuchen nun seit den Herbstferien die Sekundarschule.

Der Fall hat in der Presse hohe Wellen geworfen. Seitens des Erziehungsdepartementes wurde offenbar die Aussage gemacht, man dürfe sich nicht nur auf die Promotionsnoten stützen, der Einsatz von Beurteilungsrastern sei unzulässig, der Zuweisungsentscheid dürfe erst am Ende der sechsten Klasse definitiv gefällt werden und die Ansprüche an die Noten seien nach unten zu korrigieren. Dies hat zusammen mit der Polemik, die entstanden ist, indem der Fall an die Öffentlichkeit getragen worden ist, für grosse Verunsicherung bei den Schulräten gesorgt. Schon in wenigen Monaten muss die nächste Zuweisung in die Oberstufe erfolgen.

Hinzu kommt, dass das Image der Realschule durch diesen Fall stark gelitten hat. Offenbar wurde die Möglichkeit, den «Umweg» über die Realschule zu wählen oder gar die Realschule zu absolvieren, nicht oder nur nebenbei gewürdigt.

Ich bitte die Regierung, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist das offene Reglement aus dem Jahr 1997 genügend?
2. Weshalb wird die Verwendung eines Beurteilungsinstrumentariums als willkürlich bezeichnet, obwohl das Erziehungsdepartement strukturell gleiche Muster publiziert?
3. Soll nun der Zuweisungsentscheid im März/April (Info-Blatt für die Eltern) oder am Ende des Schuljahres (Entscheid über die Rechtsverweigerungsbeschwerde) erfolgen?
4. Können die Schulräte mit konkreteren Richtlinien als jenen im Reglement rechnen? Wenn ja, innert welcher Frist?
5. Hat das Erziehungsdepartement die betroffenen beiden Kinder vor Ort beurteilt oder lediglich aufgrund der Aktenlage in das Ermessen des Schulrates eingegriffen?
6. Was tut die Regierung, um das Ansehen der Realschulen zu verbessern?
7. Welche Massnahmen sind im Bereich der Informationspolitik vorgesehen? »

27. November 2006

Roth-Amden

Breitenmoser-Waldkirch, Dobler-Oberuzwil, Eugster-Wil, Frei Gschwend-Jona, Göldi-Gommiswald, Hager-Uznach, Hobi-Neu St.Johann, Jud-Schmerikon, Keller-Jona, Kühne-Flawil,

Müller-Waldkirch, Schneider-Rüthi, Schöbi-Altstätten, Schuler-Benken, Signer-Altstätten, Storchenegger-Jonschwil, Trunz-Oberuzwil, Widmer-Wittenbach, Widmer-Mühlrüti, Würth-Jona